



Foto: Headway/Unsplash

Politische Glaubwürdigkeit entsteht, wenn nachvollziehbar ist, wie eine Position entsteht und welche Folgen sie hat

Politik muss nachvollziehbar werden

WARUM GUTE POLITISCHE KOMMUNIKATION MEHR IST ALS EIN GUTER POST

Fernand Weimerskirch

Warum ein Social-Media-Post nicht reicht: Fernand Weimerskirch plädiert für politische Dossiers, die Reformen, Alternativen, Kosten und Auswirkungen transparent erklären.

Politische Kommunikation findet heute in einem schwierigen Umfeld statt. Komplexe Fragen müssen in wenigen Sätzen erklärt werden, soziale Medien belohnen Zuspitzung und Geschwindigkeit, während politische Entscheidungen häufig komplizierter werden. Die naheliegende Antwort darauf lautet oft: Politik müsse einfacher kommunizieren. Das stimmt. Aber es reicht nicht.

Ein Facebook-Post kann Aufmerksamkeit schaffen. Ein Video kann eine Position verständlich machen. Ein Newsletter kann Mitglieder informieren. Doch keine dieser Formen kann für sich allein erklären, wie aus einem gesellschaftlichen Problem eine konkrete politische Reform wird. Genau hier sollten wir weiterdenken.

Nehmen wir die Steuerpolitik. Eine Partei kann erklären, dass sie eine Reform für sozial unausgewogen hält. Das ist eine politische Position. Für Bürgerinnen und Bürger stellen sich anschließend aber weitere Fragen: Was schlägt die Partei stattdessen vor? Wer würde dadurch entlastet oder stärker belastet? Was kostet das Modell den Staat? Welche langfristigen Auswirkungen werden erwartet? Und auf welchen Daten beruhen diese Annahmen?

Ähnliches gilt für Wohnen, Renten, Gesundheit, Energie oder Arbeitsmarkt.

Politische Glaubwürdigkeit entsteht deshalb nicht allein dadurch, dass eine Position häufig wiederholt wird. Sie entsteht auch dadurch, dass Menschen nachvollziehen können, wie eine Partei zu ihrer Position gelangt und welche konkreten Konsequenzen ihre Alternative hätte.

Informationen vorhanden – aber oft verstreut

Parteien produzieren heute sehr viele Informationen. Es gibt Pressemitteilungen, parlamentarische Fragen, Reden, Positionspapiere, Newsletter, soziale Medien und politische Dossiers. Auch die Chamber dokumentiert parlamentarische Fragen, Regierungsantworten, Gesetzesprojekte und Debatten ausführlich. Das Problem besteht deshalb nicht unbedingt in einem Mangel an Information. Das Problem ist häufig der Zusammenhang.

Wer sich über ein bestimmtes Thema informieren möchte, muss sich die verschiedenen Teile selbst zusammensuchen: Was war der Ausgangspunkt? Was schlägt die Regierung vor? Was kritisiert die Opposition? Welche Alternative gibt es? Was wurde im Parlament unternommen? Was hat die Regierung darauf geantwortet? Und wie hat sich die Position anschließend weiterentwickelt? Warum führen wir diese Informati-



Fernand Weimerskirch
ist Sekretär der
LSAP Drüllännereck

onen nicht stärker zusammen? Ich könnte mir für zentrale Reformfragen ein anderes Modell vorstellen. Am Anfang steht eine verständliche Beschreibung des Problems und der verfügbaren Daten. Danach folgen unterschiedliche Lösungsoptionen und ihre jeweiligen Vor- und Nachteile. Wenn daraus ein eigener Reformvorschlag entsteht, werden Finanzierung, Auswirkungen und mögliche Zielkonflikte dargestellt.

Ein politisches Dossier,
das mitwächst

Parlamentarische Fragen und die Antworten der Regierung werden anschließend ebenso ergänzt wie neue Studien, Stellungnahmen

von Sozialpartnern oder Änderungen an der ursprünglichen Position. So entsteht kein statisches Wahlprogramm, sondern ein politisches Dossier, das mit der gesellschaftlichen Debatte wächst.

Der kurze Beitrag in sozialen Medien verliert dadurch keineswegs an Bedeutung. Im Gegenteil. Er bekommt eine klarere Aufgabe: Interesse wecken, eine zentrale Aussage erklären – und den Weg zur vollständigen Information öffnen.

Zu einer solchen politischen Arbeitsweise gehört allerdings noch etwas anderes. Nicht jede Frage hat sofort eine fertige Antwort. Manchmal fehlen Daten. Manchmal ergeben Analysen unerwartete Konsequenzen. Manchmal muss ein ursprünglicher Vorschlag verändert werden. Auch das sollte sichtbar sein dürfen.

Reformagenda als
öffentliche Arbeitsweise

Politik gewinnt nicht automatisch Vertrauen dadurch, dass sie auf jede komplexe Frage innerhalb weniger Stunden eine endgültige Antwort präsentiert. Vertrauen kann auch dadurch entstehen, dass politische Entscheidungen nachvollziehbar vorbereitet, begründet und gegebenenfalls korrigiert werden.

Genau darin sehe ich auch einen möglichen nächsten Schritt für die von mir vorgeschlagene Reformagenda 2028. Sie sollte nicht nur ein Verfahren sein, mit dem innerhalb einer Partei Ideen für das

nächste Wahlprogramm entwickelt werden. Sie könnte zugleich zeigen, wie diese Ideen entstehen.

Von der Problemanalyse über den Austausch mit Wissenschaft, Sozialpartnern, Wirtschaft, Gemeinden und Zivilgesellschaft bis zur Finanzierung und politischen Entscheidung. Am Ende sollte nicht nur stehen: Das ist unsere Forderung.

Bürgerinnen und Bürger sollten auch nachvollziehen können: Das war das Problem. Das waren die möglichen Lösungen. Das haben wir geprüft. Deshalb schlagen wir diesen Weg vor. Und das sind seine voraussichtlichen Auswirkungen.

In einer Zeit, in der politische Botschaften immer kürzer werden, könnte gerade diese Nachvollziehbarkeit einen Unterschied machen. Denn demokratische Politik braucht nicht weniger Komplexität.

Sie muss Komplexität verständlich machen.

Anmerkung

Das Tageblatt schätzt den Austausch mit seinen Leserinnen und Lesern und bietet auf dieser Seite Raum für verschiedene Perspektiven. Die auf der Forum-Seite geäußerten Meinungen sollen die gesellschaftliche Diskussion anstoßen, spiegeln jedoch nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion wider.